

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 14.04.2010

Landwirtschaft und ländlichen Raum in Niedersachsen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Derzeit wird die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) nach 2013 vorbereitet. Die finanzielle Ausstattung und die inhaltliche Ausrichtung der EU-Agrarpolitik müssen den steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft und den wachsenden Herausforderungen in den Bereichen Versorgungssicherheit, Einkommensstabilisierung, demographische Entwicklung, Klimawandel und Biodiversität entsprechen. Darüber hinaus kommt der Agrarforschung, im Sinne der Ressourceneffizienz und zur Sicherung der Nahrungsmittelproduktion gemäß den Forderungen der FAO, eine wachsende Bedeutung zu.

Eine verlässliche und planbare Agrarpolitik bedingt eine starke erste Säule, um den Leistungen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen und bei den Betriebsinhabern und Arbeitnehmern für Vertrauen zu sorgen. Das Prinzip der Kofinanzierung in der zweiten Säule hat sich bewährt, um den ländlichen Raum zu stärken. Beides erfordert allerdings weiterhin die Bereitstellung von Bundesmitteln zur Finanzierung der GAP.

Die Fördermaßnahmen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums laufen in Niedersachsen im Rahmen eines gemeinsamen Programms mit Bremen unter dem Namen PROFIL. Sie werden durch Bundes- und Landesmittel und sonstige öffentliche Mittel kofinanziert. Mit diesem Programm werden die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, besondere Umweltleistungen sowie die Lebensqualität im ländlichen Raum gefördert. Sie kommen landwirtschaftlichen Betrieben, dem Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz sowie der regionalen Wirtschaft, der ländlichen Infrastruktur und dem kulturellen Erbe Niedersachsens zu Gute.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU unterstützt die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums sehr erfolgreich und wirkungsvoll. Die Landwirtschaft und der ländliche Raum in Niedersachsen profitieren hiervon, was die Stellung Niedersachsens als Agrarland Nummer eins stärkt. Der Mittelrückfluss ist hier sehr viel höher als im Bereich der Strukturfonds. Derzeit fließen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik im Finanzzeitraum 2007 - 2013 rund 7,4 Milliarden Euro nach Niedersachsen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich aktiv in die Positionierung der Bundesregierung zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 einzubringen und auch gegenüber den europäischen Institutionen insbesondere die folgenden Positionen und Ziele zu vertreten:

1. Eine angemessene Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik auch für die Finanzperiode nach 2013 sicherzustellen, damit sie den Herausforderungen erfolgreich begegnen kann.
2. Die Zwei-Säulen-Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erhalten, da die unterschiedlichen Ziele unterschiedliche Ansätze in der Förderung und in der Finanzierung bedingen.
3. Die entkoppelten Direktzahlungen in ihrem Umfang zu erhalten, da sie das Kerninstrument zur Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen sind und einen pauschalen Ausgleich für anspruchsvolle Standards im europäischen Landwirtschaftsmodell leisten und dem Sinn des Artikels 39 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechnung tragen.

4. Eine jährliche Mittelumschichtung von den Direktzahlungen zur zweiten Säule (Modulation, betriebsgrößenabhängige Degression) wird abgelehnt. Stattdessen sollten im Sinne größerer Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe und die Regionen die Mittel für jede Haushaltsperiode von Anfang an sachgerecht auf die beiden Säulen der GAP verteilt werden.
5. Der weitere Abbau von Marktregulierungsinstrumenten, Interventionen und Exportbeihilfen hin zu einer marktorientierten unternehmerischen Landwirtschaft auf das notwendige Maß im Sinne eines Sicherungsnetzes.
6. Eine auf die Interessenlage der ländlichen Räume ausgerichtete Politik sicherzustellen, die den vielfältigen und wachsenden Anforderungen im ländlichen Raum gerecht wird.
7. Den Bürokratieabbau im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik voranzutreiben.

Begründung

Niedersachsen ist mit Verkaufserlösen von 7,7 Milliarden Euro das Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Die Agrarwirtschaft, also die Landwirtschaft samt vor- und nachgelagerten Branchen einschließlich der Ernährungswirtschaft und Forschung, ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der Einkommen, Beschäftigung, Lebensqualität und Innovationen sichert. Schätzungen zufolge ist in Niedersachsen jeder fünfte Arbeitsplatz mit der Land- und Ernährungswirtschaft verbunden. Die Landwirtschaft ist außerdem unverzichtbar für die Pflege unserer vielfältigen Kulturlandschaft, die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und die Lebensqualität in unseren Dörfern.

Niedersachsen ist in weiten Teilen ländlich strukturiert. 75 % der Landesfläche gehören zum ländlichen Raum und gut 60 % der Bevölkerung leben dort. Der ländliche Raum hat wichtige Funktionen hinsichtlich Wirtschaft, Infrastruktur, Ressourcen, Erholung, Natur- und Klimaschutz. Er sieht sich einer Reihe von Herausforderungen gegenüber, darunter die vielfach ungünstigen demographischen Entwicklungen, der agrarstrukturelle Wandel, die Notwendigkeit zum Ressourcen-, Natur und Klimaschutz und konkurrierende Nutzungsansprüche.

Im Sinne einer optimalen Politikgestaltung muss die finanzielle Ausstattung der GAP nach 2013 transparent, nachvollziehbar und nachhaltig sein. Verteilung, Ziele, Konzepte und alternative Mittelverwendungen der ersten und zweiten Säule sind in der Form zu gestalten, dass nicht mehr die Verteilung der Mittel im Vordergrund politischen Handels steht.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister MdL
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr MdL
Fraktionsvorsitzender